



BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Oberhessische Presse vom 11.7.2006

LESERBRIEF

OP 11.07. 2005

„Vaupel hat die Bürgerinitiative öffentlich diffamiert“

Zur Bilanz über das erste Jahr von Egon Vaupel als Oberbürgermeister:

Nach einem Jahr im Amt antwortet OB Vaupel unter anderem auf Fragen des OP-Redakteurs Girgert zur Bordelldebatte (siehe OP vom 28. Juni). Er stellt fest: „Die BI hat es keineswegs geschafft, an der Glaubwürdigkeit der Politik zu rütteln, wie Sie in Ihrer Frage unterstellen. Der Magistrat und ich als Oberbürgermeister sind von Anfang an einen klaren Weg gegangen.“

Das stimmt. OB Vaupel und der Magistrat der Stadt Marburg hatten von Anfang an nicht die Absicht, das geplante Bordell mit Laufhaus zu verhindern. Das hat nicht nur die BI festgestellt, sondern es er-

gibt sich auch aus den Fragen und Feststellungen des Akteneinsichtsausschusses:

1. Es wurde wochenlang ohne Baugenehmigung mit Wissen der Stadt in der Siemensstraße 10 gebaut.
2. Erst die BI beantragte einen Baustopp.
3. Es lagen keinerlei berechnete Regressforderungen der potentiellen Bordellbetreiber vor, auf die aber OB Vaupel immer wieder hinwies.
4. OB Vaupel wusste um die engen Verbindungen des Angeklagten im Menschenhandelprozess zu den potentiellen Betreibern/Konzessionären des geplanten Bordells.
5. Die Genehmigung für das Bordell ist im Magistrat am 5. Dezember erfolgt, ohne dass das von der BI in Auftrag ge-

gebene Gutachten von RA Dr. Hauck-Scholz in die Entscheidung einbezogen worden ist. Diese Einbeziehung war allerdings von Seiten der Stadt Herrn Dr. Hauck-Scholz zugesichert und von den Stadtverordneten einstimmig beschlossen worden.

6. Der OB gab ein Rechtsgutachten in Auftrag, das „die Zulässigkeit“ eines Bordells in der Siemensstraße 10 prüfen sollte, während der Antrag der Stadtverordneten lautete: „... alle Möglichkeiten zu prüfen, um die Einrichtung des Bordells zu verhindern.“

Statt diese Feststellungen zu widerlegen beziehungsweise zuzugeben, hat OB Vaupel mit aktiver Unterstützung von Dr. Spies (MdL) und Sören Bartol (MdB) die BI öffentlich in der

Presse diffamiert („Kritiker werfen mit Dreck“, „machen infame Unterstellungen“, „Vorwürfe der BI haben absurden und maßlosen Charakter“).

Wer in dieser Weise diffamiert statt argumentiert, erschüttert selbst seine eigene Glaubwürdigkeit.

Die 69 Fragen des Akteneinsichtsausschusses sind immer noch nicht öffentlich beantwortet worden.

Auch das trägt nicht zur Glaubwürdigkeit der politischen Entscheidungsträger bei.

(die Bürgerinitiative „Gegen die Einrichtung eines Großbordells in Marburg-Wehrda“)